

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

In dieser Nummer die Ergebnisse unseres Preisauswreibens!

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Waisenhausstr. 8. Telefon 25 241. Nur für Nachbestellungen: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1924 bei gleich zweimonatiger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark, Postbezugspreis für Monat Juni 2,50 Goldmark, Einzelnummer 18 Goldpfennig. Die Nummern werden nach Goldmark berechnet; die einjährige 30 mm breite Jahrgangsbuchung 35 Pfg., Familienanzug und Gebirgsjäger ohne Inhalt 10 Pfg., anderwärts 20 Pfg., die 50 mm breite Jahreszeitung 150 Pfg., anderwärts 200 Pfg. Übergebühren 10 Pfg. Keine Beiträge gegen Vorbestellung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 33/40. Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden. Postfach-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit druckbarer Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriffschick werden nicht aufbewahrt.

August Förster • Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) — Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)

in höchster Vollendung,

sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüßlicher Solidität

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Dr. Marx wiederholt das außenpolitische Programm der Mittelparteien.

Bernichtende ausländische Kritik an der deutschen Regierungsbildung. — Ein Anschlag auf die Junkstation Königswusterhausen?

Aufbau im Innern erst nach außenpolitischer Klärung.

Berlin, 4. Juni. In der heutigen zweiten Reichstags-Sitzung — über die erste Sitzung, die sich mit den Posten- und Antragsarbeiten befaßte, berichtet wir auf Seite 2 — stellte sich das „altmodische“ neue Reichskabinett dem Reichstag vor. Auf der Regierungsbank hatten alle die alten Männer wieder Platz genommen. Ihren Reden eröffnete Reichskanzler Marx. Ihm folgten Innenminister Jarres, Außenminister Stresemann, Postminister Gölle, Arbeitsminister Brauns, Verkehrsminister Defer, Reichswehrminister Gehler, Wirtschaftsminister Hamm und Ernährungsminister Graf Ranitz. Das Wort erhielt vom Präsidenten sofort

Reichskanzler Marx.

Als er zur Rednertribüne schritt, brachen die Kommunisten, von denen es hieß, daß sie aus Moskau telegraphisch Anweisung erhalten hätten, die heutige Reichstags-Sitzung noch nachdrücklicher als die erste Sitzung zu fördern, in wilden Rufens aus: Amnestie! Laßt die politischen Gefangenen frei! Entgegen den Wünschen aus Moskau legten sich diese Rufe aber bald, und der Reichskanzler konnte, nur noch gelegentlich unterbrochen, seine Erklärung vortragen.

Ich habe die Ehre, begann er, dem neugewählten Reichstag die neue Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Schwerfälligkeit der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ersten und bedrückten außenpolitischen Lage des Reiches. Nach den vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, wird der Meinungsstreit über den einzu-schlagenden Weg heftiger ausgetragen, als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands es rechtfertigt. Seit Jahren steht die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse, zumal jetzt, da das Gutachten der Sachverständigen die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist.

Für Deutschland ist es die Lebensfrage.

Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, aber nicht mehr verzweifelt. In allerhöchster Frist muß eine Entspannung der Geldknappheit erfolgen, wenn nicht unsere ganze Wirtschaft erliegen soll. Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise sah die Reichsregierung in dem Gutachten namhafter ausländischer Sachverständigen. Sie hat deshalb am 17. April der Nept geantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems

erblickt und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen anzubieten. Die heutige Reichsregierung wird die bereits im Gange befindlichen und durch die Regierungsbildungen nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Aufgabe der Organisationskomitees für die Goldnotenbank, die Reichsbahn und die Industrie-Obligationen wird es sein, die in dem Gutachten vorhandenen Pläne noch auszufüllen und Unklarheiten, sowie textliche Widersprüche aufzuklären. Die Befugnisse der Kommissare müssen völlig klargestellt und abgegrenzt und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gesetzentwürfe über diese Materie den geschäftsbearbeitenden Körperlichkeiten vorlegen. Ferner müssen die Fragen der Zölle und Verbrauchsabgaben mit der Gegenpartei erörtert werden. Das Gutachten konnte nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung will die Vorarbeiten bekräftigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstags.

Die von unserer Seite zu erzielenden Gesetzentwürfe und Verordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und einseitig feststeht, daß auch die Gegenpartei das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenpartei gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Die ungeheuren Lasten für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat sich ungestörter Arbeit hinzugeben, wenn den vielen tausenden Vertriebenen und ihrer Heimat verlassenen Freiheit und Heimat wiederzugeben ist: ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann. Wenn so das Gutachten im Geiste ehrlicher Verhandlung als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt werden wird, werden wir wieder auf eine erträgliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen. Das ist nur möglich, wenn eine erträgliche Basis überall hergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Friedensvertrages bestehenden linksrheinischen Gebietes als auch bezüglich der über diesem Vertrag hinaus bestehenden Gebiete. Das wird in sich schließen, daß im alten besetzten Gebiete das Rheinlandabkommen wieder hergestellt und loyal gehandhabt wird, und die darüber hinaus bestehenden Gebiete geräumt werden.

Die Sachverständigen haben selbst darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen Reichsregierung und alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen.

Vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches gebieten wie für die deutsche Wirtschaft gleichbedeutenden Fragen der Außenpolitik müssen alle innerpolitischen Fragen vorerst zurücktreten.

Deshalb unterlassen wir es, jetzt auf Fragen der inneren Politik einzugehen.

Erst nach einer Klärung und Vereinigung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten kann der Wiederaufbau im Innern auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete in Angriff genommen werden. Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeit setzen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens erforderlich ist, und wird ihr Augenmerk darauf richten, daß die für unser ganzes Volk ergebenden Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden. Angesichts der verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft jetzt befindet, beschneidet die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die langsam einsetzende Gesundung Deutschlands durch Uneinigkeit nicht wieder zu gefährden. Wenn Deutschland ein zweites Mal so dicht an den Abgrund kommen sollte, wie im vorigen Jahre, dann wird niemand mehr Hilfe bringen können. In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den eingeleiteten Gesundungsprozess durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Wir dürfen nicht die schwere geschichtliche Schuld auf uns laden, die Deutschen Reiches Untergang verschuldet zu haben, wo wir im entscheidenden Augenblick die nationale Disziplin zu wahren wußten.

Das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk geschlossen den sich ihm bietenden Weg in die Freiheit gehen will. Das Ausland muß aber endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehrlicher Verhandlung bereit ist. Nur dann wird sich im deutschen Volke der durch zahlreiche Enttäuschungen und Demütigungen erschütterte Glaube im wahren und dauernden Frieden wieder festigen. Es geht um deutsche Brüder, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not. Das Rheinland und unsere bedrückten Landsleute an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf Sie und verlangen von Ihnen, daß Sie ihnen schnell Rettung und Hilfe bringen.

Die Rede des Reichskanzlers wurde im wesentlichen vom Laufe ruhig entgegengenommen. Die Kommunisten machten zwar hin und wieder Eindrucksversuche durch Zurufe, ohne aber durchzudringen. Als der Kanzler von der Notwendigkeit der Räumung des über den bürgerlichen Parteien lebhafter Beifall. Sein Appell an die Einigkeit löste gleichfalls Zustimmung aus. Am Schluß seiner Rede erwähnte in der Mitte Beifall, während die Rechte hinweg und die Kommunisten auf neue die Amnestie forderten.

Präsident Baltus schlug dann vor, die Besprechung der Regierungserklärung auf Donnerstag zu versetzen, und setzte den Beginn der nächsten Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr vormittags fest. Zugleich wurde der Rotetel für 1924 auf die Tagesordnung gesetzt. Ein kommunistischer Antrag, die Frage der Bergarbeiter gleichfalls auf die Tagesordnung zu setzen, fand nicht die erforderliche Unterstützung.

Die Regierung verzichtet auf ein Vertrauensvotum.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 4. Juni. Nach der heutigen Plenarsitzung traten die einzelnen Fraktionen des Reichstages zu Sitzungen zusammen und bereiteten die Erklärungen vor, die sie morgen durch ihre Redner abgeben lassen wollen. In den Kreisen der Mittelparteien wurde zwar eine Antragstellung in der Form eines Vertrauensvotums in Erwägung gezogen, aber noch kein Beschluß in dieser Sache gefaßt. Es soll vielmehr von dem Verlauf der Debatte abhängig gemacht werden, in welcher Formulierung die Billigung der Regierungserklärung beantragt werden wird, oder ob nur gegen irgendein Mißtrauensvotum, das von anderer Seite eingebracht werden könnte, in der Abstimmung Stellung genommen werden soll. Als erster Redner wird für die Deutschnationalen der Abg. Graf Westarp zum Wort kommen. Darauf wird der Abgeordnete Dr. Scholz (Vp.) eine gemeinsame Erklärung für seine Partei, das Zentrum und die Demokraten abgeben. Die Sozialdemokraten haben als Redner die Abg. Loebe und Dr. Breitscheid, die Nationalsozialisten die Abg. v. Graefe und Graf Reventlow bestimmt. Die Sozialdemokraten haben in ihrer heutigen Fraktionssitzung keinen formulierten Beschluß für die Debatte gefaßt, sondern wollen abwarten, was von Seiten der Regierungsparteien geschehen wird. Entsprechend ihrer bisherigen Haltung wollen sie alles tun, um dem Sachverständigen-Gutachten und dem zu erlassenden Gesetz unter gerechter Verteilung der Lasten zur Annahme zu verhelfen.

Das alte Kabinett im neuen Reichstag.

Eine dürftigere Regierungserklärung als diese, durch die sich das alte Kabinett auf neue dem Reichstag zur gefälligen auten Behandlung empfiehlt, ist nicht wohl denkbar. Merkwürdig befinden sich die Herren, die sich jetzt wider Erwarten abermals als Kabinettsmitglieder vorstellen, in einer so besetzten Lage, daß sich an ihrem Vorkühler, selbst wenn er über größere Berechtigung verfügte, als Dr. Marx sie sein eigen nennt, auf jeden Fall nur einige Verlegenheitsblößen erwarten ließen. Doch auch diese hätten sich am Ende noch etwas ansprechender formulieren lassen, als Dr. Marx es vermocht hat. Der Sinn der kurzen und nüchternen Auslassungen ist einfach der, daß das Kabinett lediglich die Aufgabe hat, die Gesetze für das Sachverständigen-Gutachten und die sonstige Wahrung der Reparationsfrage durchzuführen. Weiter hat diese neue Regierung mit den alten Männern keinen Zweck. Da ist es denn kein Wunder, daß das ganze Auftreten des Kabinetts den Eindruck tödlicher Müdigkeit macht und daß Dr. Marx nicht imstande war, in seine Erklärung auch nur ein bißchen früherer Schwung hineinzubringen, der das Debit wenigstens äußerlich etwas vorstellbarer gehalten hätte. Diese Regierung sieht offenbar dem ganzen Druck der Unhaltbarkeit ihrer Lage auf sich lasten und weiß nicht, wie sie ihr Dasein mit dem Ergebnis der Neuwahlen vereinigen soll. Wo sollen da Luft und Freudigkeit zur ministeriellen Arbeit herkommen? Nach dieser Einleitung kann sich nur allzusehr die Empfindung verklären, daß die Lage des zweiten Kabinetts Marx sehr leicht zu wählen sein werden.

Was die Regierung dem Reichstag vorsetzt, ist nicht anders, als das Programm der Mittelparteien. Diefelben vorfichtig formulierten Vorbehalte — wenn man es so nennen will — Bedingungen, ja sogar vielfach dieselbe Ausdrucksweise. Das konnte wohl kaum anders sein, nachdem die Regierungsparteien in denkbar größter Kurzsichtigkeit als eine verfehlte taktische Maßnahme während der Verhandlungen mit den Deutschnationalen die Richtlinien veröffentlicht und die neue Regierung von vornherein auf sie festgelegt hatten. Hinter all den an sich begründbaren Vorbehalten steht damit das große Fragezeichen, wie eine Regierung sie durchführen will, nachdem man dem Auslande gegenüber die deutschen Karten so reißlos aufgedeckt und die Annahme des Gutachtens so scharf betont hat. Das demokratisch-sozialistische Dogma der Erfüllungspolitik, an dem im Sinne einer Verbesserung des Gutachtens zu rühren schon nahezu zum Landesverrat gestempelt worden ist, und dem das demokratisch-parlamentarische Prinzip einer Regierungsbildung auf Grund des Wahlergebnisses reißlos geopfert worden ist, triumphiert. Vertrauen aber genügt diese Regierung, die nach einem vernichtenden englischen Urteil „so deutlich das Gepräge parlamentarischer Claqueurwirtschaft trägt und so wenig als Verkörperung des bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillens betrachtet werden könne“ im Auslande so wenig wie im Inlande. Und wenn Dr. Marx die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung, die uns allgemeines Gespött eingebracht haben, in ihrem tiefsten Grunde auf die ernste und bedrückte außenpolitische Lage zurückzuführen will, so findet er eine treffende Antwort im „Voller Anz.“, der die parteipolitische Einstellung des Reichspräsidenten Ebert in das rechte Licht rückt.

Es bleibt eine offene Frage, wie sich die Regierung mit einem derartig dürftigen und unvollkommenen Programm eine tragfähige Mehrheit schaffen will, und das Rätselraten der Koalitionsparteien über die Formulierung eines Antrages, der so etwas wie ein Vertrauensvotum ausdrücken soll, zeigt die gewaltigen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß die drei Regierungsparteien zusammen nur 138 von 472 Abgeordneten zählen, während die beiden größten Parteien, Deutschnationale und Sozialisten, abseits stehen. Wie sich die Bayerische Volkspartei mit ihren 16 Abgeordneten und die aus dem Bayerischen Bauernbund und den Deutsch-Hannoveranern gebildete 15-Männerfraktion der Wirtschaftsgruppe zur Regierung stellen, steht noch dahin. Sie zu umwerben, ist man, bisher allerdings ohne Erfolg, eifrig bemüht. Auf die Mitarbeit der 100 Mann starken sozialistischen Fraktion aber ist man unter allen Umständen angewiesen, um wenigstens eine Mehrheit von zwei Stimmen zu erhalten. In der großen Krise des Zusammenbruchs im November hatte das deutsche Volk erkannt, daß nur der radikale Bruch mit der langjährigen sozialistisch beeinflussten Politik den Weg zur Gesundung freimachen konnte. Wegen ihrer Abgabe an die Regierung Marx-Stresemann mußte der Reichstag aufgelöst werden. Und wenn man jetzt nicht nur die Sozialisten von damals, sondern die völlig radikalisierte sozialistische Fraktion von heute zur Mitarbeit braucht, wenn man sich heute ihren Forderungen unterwerfen muß, dann ho-